

## **Protokoll über die Sitzung**

**des Gremiums: Beirat Blumenthal**

**am: 12.08.2013**

**Ort: Aula des Schulzentrums Eggestedter Str.,  
Eggestedter Str. 20, 28779 Bremen**

Beginn: 19.02 Uhr

Ende: 22.03 Uhr

### **Sitzungsteilnehmer:**

#### **Beiratsmitglieder:**

**Heiner Böcker  
Peter Geis  
Sascha Humpe  
Dennis Klingenberg  
Grete Klinkmüller  
Gabriele Kröger-Schurr  
Anke Krohne  
Karen Nieschlag  
Andreas Pfaff  
Alex Schupp  
Ralf Schwarz  
Helma Stitz  
Gisela Zimmermann**

#### **Es fehlten:**

**Nils Christahl  
Eike Schurr  
Hans-Gerd Thormeier**

#### **Gäste**

**Kay Greiner, BauBeCon  
Ronald Meins, Polizei Blumenthal**

**Ortsamtsleiter (OAL) Peter Nowack  
Verwaltungsbeamtin (Protokoll) Heike Rohde**

#### **TOP 1**

##### **Begrüßung und Eröffnung, Genehmigung der Tagesordnung**

OAL Nowack eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden.

Frau Krohne stellt einen Antrag zur Geschäftsordnung und bittet um ihre Unterlagen, die aufgrund einer geänderten Sitzordnung auf einem anderen Platz liegen. Frau Kröger-Schurr ergänzt, dass im Koordinierungsausschuss (KO) darum gebeten wurde, die Sitzordnung des Beirats wie bisher aufzubauen. Da Herr Nowack den Umbau forciert habe, solle er jetzt bitte umbauen.

Herr Nowack erklärt, mit der jetzigen Sitzordnung sei er Frau Krohnes Wunsch nachgekommen, links zu sitzen, den sie seit Beschluss der bisherigen Sitzordnung mehrfach geäußert habe und fordert Frau Krohne auf, ihr Schild abzubauen.

Frau Krohne meint, Herr Nowack solle „die Klappe halten“. Herr Nowack fordert Frau Krohne auf, den Anstand zu wahren. Es gebe einen Beiratsbeschluss zum Platz, sagte Frau Krohne weiter, also müsse es auch einen Beschluss geben, bevor die Sitzordnung geändert werde. Sie könne auch einen Antrag stellen, dass der Beirat eine Änderung der jetzt aufgestellten Anordnung beschließen möge. Außerdem verlangt sie ihre Unterlagen, da sie nicht wisse, wo diese seien. Sie wünscht einen Beiratsbeschluss, dass die momentane Sitzordnung geändert werden soll.

Bürger A überreicht Frau Krohne ihre auf einem anderen Tisch liegenden Unterlagen.

Daraufhin wird die vorliegende Tagesordnung mit 11 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung genehmigt – Frau Krohne stimmt nicht mit – und wie folgt abgearbeitet:

### **Tagesordnung:**

1. (19:00 Uhr) Begrüßung und Eröffnung; Genehmigung der Tagesordnung
2. (19:05 Uhr) Genehmigung der Protokolle der öffentlichen Sitzung vom 13.05.2013, 10.06.2013 und 19.06.2013
3. (19:10 Uhr) Mitteilungen
  - a. aus dem Ortsamt
  - b. des Beiratssprechers
4. (19:25 Uhr) Wünsche und Anregungen aus dem Beirat
5. (19:30 Uhr) Bürger/Innen-Anträge; Fragen, Wünsche und Anregungen in Stadtteilangelegenheiten aus der Bevölkerung
  - a. Bürgerantrag zur Moschee
  - b. „Neuen Platz für Sir Charles planen“
  - c. „Offizielle Freilauffläche (eingezäunt) für Hunde“
  - d. „Exponate begutachten lassen durch Besucher“
  - e. Fahrzeugtransporte der Fa. Egerland über Bahnstrecke
  - f. Geruchsbelästigung / Gesundheitsgefährdung
  - g. Verkehrssituation in der Kaffeestraße
  - h. BWK-Gelände und Blumenthals Zukunft
  - i. Bürgerantrag bzgl. des techn. Aufbaus der Rohrleitung zwischen dem "Verladebahnhof 1" des Tanklagers Farge und dem Schiffsanleger "Unterm Berg"
  - j. Bürgerantrag bzgl. des Umfanges der ölhaltigen Phase im Untergrund des Verladebahnhofs 2 des Tanklagers Farge
  - k. Tanklager Farge – Anlage zur Landesverteidigung?
  - l. Zukunft des Blumenthaler Marktplatzes
6. (19:45 Uhr) Vorstellung der Jahresbilanz des Fördervereins Bürgerstiftung Blumenthal  
dazu: Peter Nowack, Vorsitzender des Fördervereins
7. (20:00 Uhr) Vorhabenbezogener Bebauungsplan 58 über eine Altenpflegeeinrichtung an der Landesgrenze / Rekumer Straße  
dazu: Vertreter des BBN
8. (20:15 Uhr) Überblick über die Arbeit des Immobilienstandortmanagements  
dazu: Vertreter der BauBeCon

## 9. (21:00 Uhr) Beschlüsse

- a. Entwurf einer Verordnung über Naturschutz- und Landschaftsschutzgebietsverordnungen im Ortsteil Lüssum-Bockhorn der Stadtgemeinde Bremen (Eispohl, Sandwehen und Heideweier)

## 10. (21:10 Uhr) Anfragen und Anträge der Parteien

- a. SPD – Antrag „Durchfahrverbot für Schwerlastverkehr“
- b. Die Linke – Anfrage „Grünes Rohr Heidstraße“
- c. SPD – Neue Sitzordnung im Beirat Blumenthal
- d. Herr Klingenberg – Anfrage an die Bremer Bäder GmbH

## 11. (21:30 Uhr) Verschiedenes

**TOP 2: Genehmigung der Protokolle vom 13.05.2013, 10.06.2013 und 19.06.2013**

Zum Protokoll vom 19.06.2013 machte Frau Kröger-Schurr auf den geänderten Sitzungsort aufmerksam. Weitere Einwendungen oder Ergänzungen seien beim OAL nicht eingegangen. Frau Krohne erklärt, sie habe Einwendungen geschickt, und fände es seltsam, dass bei dem OAL nichts angekommen sei.

Dieser erläutert noch einmal das verabredete Procedere, wonach Änderungen rechtzeitig bei ihm oder im Office-Mailfile einzusenden sind.

Herr Schwarz ergänzt, auch bei ihm sei bis Freitag, 9. August 2013, 12.00 Uhr nichts eingegangen. Dies sei die verabredete Frist für Änderungswünsche gewesen.

Über die vorliegenden Protokolle wird en bloc abgestimmt.

Ergebnis: 11 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme, 1 Enthaltung

**TOP 3: Mitteilungen**

- a. aus dem Ortsamt
- b. des Beiratssprechers

a. Herr Nowack teilt folgendes mit:

- Am 15. Juli 2013 wurde ein Gespräch zwischen Herrn Schupp, Herr Nowack und Herrn Staatsrat Frehe von der Senatorin für Soziales, Kinder, Jugend und Frauen geführt.  
Grund war der Beschluss des Beirats Vegesack vom 04. Juli 2013, wonach anstelle der geplanten Flüchtlingsunterkunft am Fährer Flur weitere Standorte im Bremer Norden (auch in Blumenthal) geprüft werden sollten.  
Herr Staatsrat Frehe hat erklärt, dass Unterkünfte für Flüchtlinge in Blumenthal nicht geplant würden.
- Die Zusatzschilder für die Richard-Jung-Straße sind am 08. August angebracht worden.
- Die Ü 32 Fußballer des Blumenthaler SV haben sich für die Unterstützung des Beirats bedankt.

b.

Keine

**TOP 4: Wünsche und Anregungen aus dem Beirat**

Auf Nachfrage von Frau Kröger-Schurr wird erklärt, dass sowohl Herr Geis als auch Herr Schwarz aus terminlichen Gründen nicht an der Beirätekonferenz teilnehmen konnten.

Frau Krohne fragt nach dem Verkehrsgutachten vom 04.07.2011 und nach dem Trinkwassergutachten und den Trinkwasseruntersuchungen. Sie wünscht, dass in den

Protokollen die Anträge über die Ergebnisse gesetzt werden, um nicht hin- und her blättern zu müssen. Weiter fragt sie, da es bei dem U-Boot-Bunker immer noch keinen Strom gebe, ob das Ortsamt oder der Beirat da etwas machen könnten. Sie weist darauf hin, dass die Uhr am "Ständer" nicht geht.

Frau Kröger-Schurr fragt, warum die Werbetafel bei Oléa die ganze Nacht leuchtet und bittet, dies zu klären.

Frau Krohne fragt erneut nach dem Verkehrsgutachten, dies solle doch in Arbeit sein. Herr Nowack erklärt, er habe Herrn Gotzen noch nicht erreicht.

Herr Pfaff meint, beim Öffnen des Bahnüberganges Kreinsloger würden die Links-Abbieger zum Striekenkamp und zur Jollenstraße den Verkehr blockieren. Er möchte wissen, ob da eine andere Abbiegemöglichkeit geregelt werden kann. Erschwert werde der Zustand noch zu Gebetszeiten der Moschee.

Herr Schwarz verweist auf einen Pressebericht, wonach das Bauprojekt Dewers aus zwei verschiedenen Gründen geplatzt sei. Ein Grund sei die 25% Quote zum sozialen Wohnungsbau, einer anderer der Kaufpreis des Geländes. Er fordert das Ortsamt auf, den Kaufpreis und auf welcher Basis Grundstückspreise errechnet würden, nachzufragen.

Herr Schupp verliest folgende Anfrage an den Senator für Umwelt, Bau und Verkehr:

*Betr.: Auskunft zu einem weiteren Problem im Wassereinzugsgebiet des Wasserwerkes Blumenthal*

*Bei allen Diskussionen über den Schutz unseres Trinkwassers (Tanklager Farge, ehemaliges BWK-Gelände) sollten wir ein vorhandenes Problem nicht aus den Augen verlieren - die ehemalige Mülldeponie in Lüssum-Bockhorn, die im Zu-Strom der meisten Brunnen des Wasserwerkes liegt. Die Deponie mit den Ausmaßen von ca. 250 m x 250 m und einer Tiefe von etwa 20 m ist vor Jahren mit Millionenaufwand an Steuergeldern versiegelt worden, um das Eindringen von Regen- und Sickerwasser zu vermindern. Bis zu dem Zeitpunkt wurden jährlich ungefähr 40.000 m<sup>3</sup> Wasser in das städtische Schmutzwasserkanalnetz gepumpt.*

*Im neuen Landschaftsprogramm und Flächennutzungsplan ist dieses Areal als Sport- und Freizeitfläche ausgewiesen und wird vom Golf-Club Bremer Schweiz als Spielfläche genutzt. Für diese Deponie wurden von der Planung des BBN keine Aufschüttungspläne erstellt, bzw. wurde das Verfüllen nicht von der Bauordnung kontrolliert, so dass diverser Unrat (Autowracks, Fässer mit nicht identifiziertem Inhalt, Bau- und Brandschutt, Gartenabfälle, Aushub (Trockendock) vom ehemaligen Vulkangelände u.s.w.) in die Tongrube gelangen konnte.*

*Es stellen sich folgende Fragen:*

- a.) Wie viel Wasser wird monatlich abgepumpt?*
- b.) Wird dieses abgepumpte Wasser auf bestimmte Schadstoffe untersucht?*
- c.) Wie viel Sickerwasser gelangt trotz der eingeleiteten Maßnahmen in den Zustrom des Grundwassers zu den Brunnen des Wasserwerkes und wird dieses auf Schadstoffe kontrolliert?*
- d.) Was hat das Sanieren der Grube, das ständige Abpumpen des Sickerwassers und die in diesem Zusammenhang stehende Kontrolle bisher gekostet und wer trägt die Kosten?*
- e.) Gibt es Einnahmen durch Pachtgelder des Golf-Clubs.*

Herr Nowack berichtet, Senator Lohse werde am 28.10.2013 zu einer Sitzung des Bauausschusses erwartet.

## **TOP 5: Bürger/Innen-Anträge; Fragen, Wünsche und Anregungen in Stadtteilangelegenheiten aus der Bevölkerung; Wünsche und Anregungen aus dem Beirat**

- a. **Bürgerantrag zur Moschee**
- b. **„Neuen Platz für Sir Charles planen“**
- c. **„Offizielle Freilauffläche (eingezäunt) für Hunde“**
- d. **„Exponate begutachten lassen durch Besucher“**
- e. **Fahrzeugtransporte der Fa. Egerland über Bahnstrecke**
- f. **Geruchsbelästigung / Gesundheitsgefährdung**
- g. **Verkehrssituation in der Kaffeestraße**
- h. **BWK-Gelände und Blumenthals Zukunft**
- i. **Bürgerantrag bzgl. des techn. Aufbaus der Rohrleitung zwischen dem "Verladebahnhof 1" des Tanklagers Farge und dem Schiffsanleger "Unterm Berg"**
- j. **Bürgerantrag bzgl. des Umfanges der ölhaltigen Phase im Untergrund des Verladebahnhofs 2 des Tanklagers Farge**
- k. **Tanklager Farge – Anlage zur Landesverteidigung?**
- l. **Zukunft des Blumenthaler Marktplatzes**

### a. Bürgerantrag zur Moschee

Bürgerin B erläutert, man pflege seit 20 Jahren guten Kontakt zu den Muslimen und habe schon oft zusammen gefeiert. In den letzten zwei Jahren wurde jedoch jeweils ein Frühlingsfest über je 4 Tage gefeiert, was für die Anwohner ein zu viel an Lärm- und Geruchsbelastung (wie im Antrag erläutert) bedeute.

Frau Stitz macht den Vorschlag, dass der OAL einen nicht öffentlichen Runden Tisch mit Anwohnern, Muslimen, dem OAL und Vertretern der Fraktionen einberufen möge.

Frau Kröger-Schurr meint, dieser Vorschlag käme eigentlich von Eike Schurr, der um einen öffentlichen Runden Tisch gebeten habe, damit alle daran teilnehmen könnten. Sie erklärt, eine Moschee wäre gleichzusetzen mit einer Kirche, der würde auch keiner verbieten zu feiern.

Frau Krohne ist der Ansicht, das Thema betreffe alle Kirchen, es gebe auch mehrere Moscheen in Blumenthal, daher wäre es besser, eine allgemein gültige Regelung zu treffen. Herr Schwarz macht deutlich, dass er die religiösen Feiertage in Ordnung finde, es müssten aber auch von kirchlichen Einrichtungen Regeln eingehalten werden. Es solle ein Antrag gestellt werden, dessen Inhalt klären solle, welche Vorgaben und Gesetze einzuhalten seien und welche Behörden einzuschalten wären.

Herr Nowack meint, wichtig sei darüber zu befinden, ob der Runde Tisch öffentlich oder nichtöffentlich stattfinden solle.

Frau Kröger-Schurr bittet, den zuständigen Sachbearbeiter vom Stadtamt ebenfalls einzuladen.

Frau Krohne findet es schwierig, jetzt über den Antrag zu entscheiden, weil die eingegangenen Unterschriften zum Antrag dem Beirat nicht vorgelegt wurden. Sie hält einen Runden Tisch für angebracht.

Herr Nowack konstatiert, dass Konsens darüber herrsche, zu einem nicht öffentlichen Runden Tisch mit Vertretern der Antragsteller, der Muslime, der Fraktionen und des Stadtamtes einzuladen.

Herr Schwarz möchte auch Herrn Meins als Verkehrspolizisten in die Diskussion mit einbeziehen, da auch über das Verkehrschaos während der Gebetszeiten gesprochen werden müsse. Man lebe in einem Rechtsstaat, in dem es kein wildes Parken geben dürfe. Er macht weiter deutlich, dass für jedes längere Feiern Genehmigungen vorliegen müssten und dazu Anträge gestellt werden müssten.

Es folgt die Abstimmung, in der mit 12 Ja-Stimmen und 1 Nein-Stimme für die Einladung zu einem nichtöffentlichen Runden Tisch votiert wird, dessen Ergebnis im Beirat vorgestellt werden soll.

### b. "Neuen Platz für Sir Charles planen"

Herr Nowack erklärt, für einen neuen Standort gebe es mehrere, sich im Prüfverfahren befindliche Optionen.

Der Antrag wird einstimmig unterstützt.

#### c. Offizielle Freilauffläche (eingezäunt) für Hunde"

Herr Nowack berichtet aus einer Vorbesprechung im KO dahingehend, dass im Vorfeld Erkundigungen eingeholt werden sollen, welche Voraussetzungen, Rahmen- und Sicherheitsbedingungen erfüllt werden müssten und welche Kosten entstehen würden. Erst dann solle eine Entscheidung über den Antrag getroffen werden.

Dieser Vereinbarung wird einstimmig zugestimmt.

#### d. "Exponate begutachten lassen durch Besucher"

Der Antrag wird einstimmig unterstützt.

#### e. Fahrzeugtransporte der Fa. Egerland über Bahnstrecke

Herr Nowack schlägt vor, den Antrag in das Gesamthema mit einzubeziehen.

Frau Kröger-Schurr berichtet über Presseberichte aus dem Gebiet Schwanewede / Neuenkirchen, wonach dortige Bahnschienen wieder "flott gemacht werden sollen" und schlägt vor, die Nachbargemeinde mit einzubeziehen.

Herr Schwarz stimmt Frau Kröger-Schurr zu und macht deutlich, dass mit dem Bürgerantrag und dem Antrag der SPD zwei verschiedene Sachen auf dem Tisch liegen würden, wobei der Bürgerantrag explizit **keinen** Transport auf den Schienen wünsche.

Er schlägt vor, das Thema weiter zu geben an den Senator für Umwelt, Bau und Verkehr (SUBV) um zu eruieren, wer die Kosten für eine evtl. Reaktivierung der Gleise und Beschränkung der jetzt unbeschränkten Bahnübergänge übernehme. Eine Beschränkung sei wichtig, da viele Kinder entlang der Hospitalstraße an der Bahnstrecke unterwegs seien und diese deshalb gesichert werden müsse.

Deshalb solle geklärt werden, ob das überhaupt geht und der Bürgerantrag möge mit Prüfauftrag an SUBV weitergeleitet werden.

Herr Nowack macht deutlich, dass er die Umsetzung dieses Vorschlages für zu teuer hält.

Frau Krohne meint, es handele sich um eine Betriebsentscheidung der Fa. Egerland, zu der der Beirat nichts zu sagen habe. Zudem sei die Bahnstrecke ausgelastet.

Herr Geis widerspricht Frau Krohne und meint, es sei nicht egal, ob der Beirat etwas zu der Entscheidung zu sagen habe. Wichtig sei es, ein politisches Signal zu setzen und dass den Anwohnern keine weiteren Lärmbelastigungen zumutbar seien.

Herr Schwarz meint, man rede über ungelegte Sachen und dass geklärt werden müsse, ob der Transport so möglich sei, wie sich alles das vorstellten. Die Behörde solle mit Fa.

Egerland reden und prüfen, ob eine Verlagerung auf die Schienen überhaupt machbar sei.

Zum Verständnis fragt Herr Schupp, über wie viele Fahrzeuge täglich man rede. Man solle bei Fa. Egerland nachfragen, wie viele LKW täglich bewegt werden und klären, wie viele Fahrten letztlich zumutbar seien.

Herr Nowack meint, man müsse die Fakten klären und schlägt vor, dem Vorschlag von Herrn Schwarz zu folgen.

Frau Kröger-Schurr ist der Ansicht, auch der Beirat könne doch bei Fa. Egerland nachfragen, um wie viele Transporte es ginge.

Herr Schwarz hat die Idee, sich im KO mit Vertretern der Fa. Egerland zusammen zu setzen, um das Thema vertraulich behandeln zu können.

Damit erklärt sich der Beirat einstimmig einverstanden.

#### f. Geruchsbelästigung / Gesundheitsgefährdung

Ohne weitere Aussprache wird der Antrag einstimmig unterstützt.

#### g. Verkehrssituation in der Kaffeestraße

Herr Meins erklärt, in der Kaffeestraße gebe es ein gesetzliches Halteverbot, begründet in der Schmalheit der Straße. In der Vergangenheit habe man sich entschlossen, das Parken zu dulden, um den anliegenden Geschäftsinhabern nicht zu schaden. Wenn es jetzt aber

anders gewünscht werde, müssten die "Parksünder" aufgeschrieben werden. Es sei jedoch zu bedenken, dass nicht rund um die Uhr überwacht werden könne.

Herr Schwarz sieht Probleme hauptsächlich an Ein- und Ausfahrten. Er meint, mehr Überwachung sei eine Gratwanderung, da vielen Autofahrern einfach nicht bewusst sei, dass in der Kaffeestraße nicht geparkt werden dürfe. Allerdings müssten, wenn die Straße zu sehr zugeparkt sei, Strafmandate ausgestellt werden.

Frau Krohne empfindet die Parksituation als sehr extrem, dies treffe auch noch auf eine Reihe anderer Straßen zu. Sie fragt, ob es der Polizei möglich sei, Hinweise an den Autos anzubringen. Bei den ansässigen Ärzten könnten Hinweise auf z. B. die Parkfläche beim Rathaus angebracht werden.

Bürger C äußert Verständnis für die Bürger, die kurze Wege zum Arzt haben müssen. Als Anwohner gibt er jedoch einen neuen Punkt zu bedenken: So hole das Abfallentsorgungsunternehmen die Mülltonnen nicht mehr zur Leerung ab, weil die Wagen die Tonnen nicht mehr erreichen. Hinweisschilder besagend "Nicht auf dem Gehweg parken" bewirkten ein Parken auf der zu engen Straßenfläche. Er fragt, ob evtl. alle 10 m Pfosten aufgestellt werden könnten.

Herr Meins erwidert, dass der Rathausparkplatz im Allgemeinen ziemlich voll sei. Eine Behinderung der Anwohner in der Kaffeestraße sei jedoch nicht zu dulden. Er bestätigt, dass generell viele Straßen in Blumenthal viel zu schmal seien. Das Parken dort sei bisher geduldet worden, wenn jetzt also "abgezettelt" werden solle, dann wären alle Straßen betroffen – oder keine.

Pfosten werden nicht gesetzt, weil das Parken auf Gehwegen verboten sei – das sollte jeder Autofahrer wissen. Es gebe nur die Möglichkeiten "Duldung" oder "Abzetteln" (nicht täglich).

Herr Schwarz fragt, wie es sei, wenn die Autos nur links parken würden.

Frau Krohne erklärt, der Grund für das bisherige tolerante Vorgehen seien die anliegenden Geschäfte und Arztpraxen. Wenn diese ihre Kunden verlören, wären diese auch noch weg. Evtl. könnten neue Parkflächen auf dem BWK-Gelände entstehen.

Die Beratung über den Bürgerantrag endet ohne abschließende Lösung.

#### h. BWK-Gelände und Blumenthals Zukunft

Herr Schupp erklärt, die Diskussion über die im Antrag aufgeführten Punkte sei bereits vor Jahren erfolgt. Der Antrag helfe zum jetzigen Zeitpunkt nicht mehr weiter.

Herr Nowack ergänzt, alle Themen, die im Antrag stehen, seien geprüft worden.

Frau Krohne meint, die Ergebnisse seien dann wohl bei der Bevölkerung nicht angekommen und dass diese veröffentlicht werden müssten.

Herr Nowack erläutert, dass alle Ergebnisse im Bebauungsplan 1288 aufgenommen wurden. Die Bevölkerung konnte in diesen Plan Einsicht nehmen und Stellungnahmen dazu abgeben. Die Ergebnisse daraus wurden im Beteiligungs- und Dialogverfahren abgearbeitet.

Bürgerin D fragt, ob demnach alles im Internet zu finden sei.

Herr Nowack legt anhand der Frage, ob die Erbauung eines Mischgebiets untersucht wurde, dar, dass dieses Thema sehr wohl untersucht wurde, das Ergebnis der Untersuchung allerdings nicht "zum Angucken" sei, sondern in die Entscheidung über den Bebauungsplan mit eingeflossen sei. Für alle Entscheidungen wurden Cluster geschaffen, in denen z. B. unter anderem auch Lärmkontingente verabredet wurden.

Bürgerin D möchte wissen, warum denn dann die Bevölkerung aufgefordert wurde, Stellung zu nehmen. Ihre dahingehende Frage wurde vom Bauamt mit der Auskunft beschieden, sie möge den aktuellen Stand der Tagespresse entnehmen.

Herr Nowack macht klar, dass inzwischen alle Punkte geklärt seien, jetzt gehe es darum, das Gebiet mit Hilfe eines gültigen Bebauungsplanes zu entwickeln. Die Wirtschaftsförderung kann jetzt eventuellen Investoren genaue Details kundgeben. Er verweist noch einmal darauf, dass alle anderen Punkte im Dialogverfahren vor einigen Jahren erledigt wurden. Der Bürgerantrag findet keine Zustimmung.

#### i. Bürgerantrag bzgl. des techn. Aufbaus der Rohrleitung zwischen dem "Verladebahnhof 1" des Tanklagers Farge und dem Schiffsanleger "Unterm Berg"

#### j. Bürgerantrag bzgl. des Umfanges der ölhaltigen Phase im Untergrund des

### Verladebahnhof 2 des Tanklagers Farge

Die Bürgeranträge sollen zusammen beraten werden.

Zu den Themen bringt die Sprecherin der Bürgerinitiative Tanklager Farge die Idee bzw. den Wunsch ein, da am 28.10.2013 im dann geplanten Bauausschuss Herr Senator Lohse erwartet werde, die Bürgerinitiative im Vorfeld zu einer Gesprächsrunde einzuladen.

Alternativ bietet sie dem Beirat an, an mehreren noch stattfindenden Sitzungen der Bürgerinitiative teilzunehmen.

Herr Nowack erklärt, es werde eine Vorbesprechung im KO geben um zu klären, welche Fragepakete dem Senator vorab gegeben werden. Dazu werden auch die Themen Tanklager, Trinkwasserschutzgebiet, Verkehrslage und Bauwesen gehören. Die Sitzung werde so strukturiert, dass alle Themen ausreichend Platz haben. Die Fragen sollen Anfang Oktober an den Senator gegeben werden.

Ohne weitere Aussprache werden beide Bürgeranträge einstimmig unterstützt.

### k. Tanklager Farge – Anlage zur Landesverteidigung?

Herr Nowack erklärt, die Antwort auf die im Bürgerantrag gestellte Frage sei klar. Das Tanklager sei nach wie vor im Besitz der Bundeswehr und damit eine Anlage der Landesverteidigung.

Herr Schwarz fragt, an wen der Antrag geschickt werden solle – an das Bundesministerium für Verteidigung oder an die Bundesimmobilienanstalt?

Frau Kröger-Schurr meint, der Antrag beinhalte eine ähnliche Frage wie der Bürgerantrag f, deshalb könne man ihn doch mitschicken.

Die Sprecherin der Bürgerinitiative Tanklager Farge meint, die Frage sei schon wichtig und solle gestellt werden. Sie schlägt vor, jemanden von der Bundeswehr mit zu dem Termin mit dem Senator einzuladen.

Herr Nowack berichtet, er habe bereits im Zusammenhang mit der Parksituation der Fa. Egerland mit dem Leiter des Bundeswehrdienstleistungszentrums Schwanewede gesprochen und dort die klare Antwort erhalten, dass das Tanklager eine Anlage der Landesverteidigung sei.

Bürger E ruft dazwischen, dass die gesundheitliche Frage wichtig sei.

Dem stimmt Herr Nowack zu, erklärt jedoch, der hier vorliegende Antrag habe mit der gesundheitlichen Frage nichts zu tun, von daher sei die Antwort klar.

Bürger E verweist darauf, dass es bis zum 31.05.2013 keine Schilder der Bundeswehr auf dem Gelände gegeben habe, da dieses privatwirtschaftlich genutzt wurde.

Herr Schwarz meint, da es sich um einen Bürgerantrag handele, solle dieser an SUBV weitergeleitet werden.

Frau Krohne unterstützt den Vorschlag von Herrn Schwarz und möchte, dass der Antrag außerdem an das Bundesministerium für Verteidigung (BMfV) geschickt wird.

Frau Kröger-Schurr fragt, wer die Anzeige geschaltet habe, als "das Ding" verkauft werden sollte.

Herr Nowack konstatiert, dass der Bürgerantrag also an SUBV und BMfV geschickt werden soll. Dem wird mit 11 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und 1 Enthaltung zugestimmt.

### l. Zukunft des Blumenthaler Marktplatzes

Herr Nowack erklärt, der Inhalt dieses Bürgerantrages sei bereits als Arbeitsauftrag des Nichtständigen Ausschusses für Zentrumsentwicklung erteilt worden und befinde sich im Prüfungsverfahren.

Herr Schwarz bittet, im Bauamt Bremen-Nord nachzuhaken, wie weit man dort mit den Gedanken dazu sei.

Dem wird einstimmig zugestimmt.

Es folgen mündlich gestellte Bürgeranträge:

### Bürgerantrag zur Abrechnung der "Blauen Karte" in Vereinen

Frau Schüssler verliest einen Bürgerantrag des Blumenthaler SV.

Ohne weitere Aussprache wird der Bürgerantrag einstimmig unterstützt.



Bepflanzung

Bürgerin F bittet den Beirat um Mithilfe. Seit dem Frühjahr stehe sie in Kontakt mit dem Umweltbetrieb Bremen. In Blumenthal gebe es noch zwei Beete, die im Frühjahr bepflanzt waren, die aber keine Sommerpflanzung erhalten haben. Eine Herbstbepflanzung werde daher dringend gewünscht.

Außerdem verweist sie auf ein Rosenbeet an den Bahngleisen, welches voller Unkraut sei. Sie habe festgestellt, dass solche Rosenbeete im Ortsteil Lesum sehr gepflegt seien und möchte wissen, woran das liegt.

Der Beirat unterstützt einstimmig das Anliegen der Bürgerin.

Kohlenzüge

Bürger G, wohnhaft in der Rönnebecker Straße, beklagt, dass sich bei den Kohlezügen zum Kraftwerk Farge bezüglich einer Abdeckung der Waggons bisher nichts getan habe.

Außerdem würden die Züge auch am Wochenende früh morgens fahren und extrem schnell sein.

Herr Nowack meint, dies sei auch ein Thema für die Sitzung, an der der Senator teilnehmen werde. Da sich bemüht werde, auf den Straßen Tempo 30 einzuführen, könne dies auch für die Schienen gelten.

Herr Schwarz stellt fest, dass die Güterzüge nach Aussage des Kraftwerks nur in der Woche, nicht aber am Wochenende fahren sollten. Er bittet, beim Kraftwerk diesbezüglich nachzufragen.

Herr Nowack erklärt, er habe bereits die Farge-Vegesacker-Eisenbahn und die DB Netze aufgefordert, Fahrpläne zur Verfügung zu stellen. Diese seien bis heute nicht da.

Bereits in einer Vorbesprechung mit den anderen Bremen-Norder Ortsamtsleitern wurde diese Frage aufgeworfen und man ist sich einig, die Fahrpläne sehen zu wollen.

Frau Krohne ergänzt, es müsse auch nachgefragt werden, ab wann die Waggons geschlossen fahren sollen, da es scheinbar immer noch keine Abdeckungen gebe.

Feiern auf Parkplätzen

Bürger H, wohnhaft in der Mühlenstraße, ärgert sich über die Nutzung des öffentlichen Parkplatzes an der Fresenbergstraße für Feiern mit lauter Musik, wohl hauptsächlich durch Anwohner der George-Albrecht-Straße. Es sei bereits mehrfach die Polizei vor Ort gewesen. Herr Nowack versichert, das Thema werde im Arbeitskreis besprochen.

Verschiedenes

Bürger I, wohnhaft am Lüssumer Kamp, erklärt, er habe während eines in seiner Straße stattfindenden Gespräches festgestellt, wie laut es während des Festes in der Moschee gewesen sei.

Weiter erklärt er, der Niedergang von der Kalfaterstraße zur Bürgermeister-Dehnekamp-Straße sei von Brennesseln überwuchert. Man solle diesen Weg ganz sperren oder Gefahren-Hinweisschilder aufstellen.

Außerdem meint er, es sei traurig, wie es an der Fähre aussehe.

Herr Geis sichert persönliche Betreuung des besagten Niedergangs zu. Da er dort wohne, sei er ständig in Telefonaten mit dem Umweltbetrieb Bremen (UBB). Er gehe dem Thema bereits hinterher, da es für die Grünpflege angeblich kein Geld gebe, für Wätjens Park andererseits scheinbar genug vorhanden sei.

Herr Schwarz meint, es scheine sich überall in Blumenthal auszuweiten, dass die öffentlichen Plätze zu wenig gepflegt werden.

Man müsse sich wegen der öffentlichen Grünpflege mit UBB zusammensetzen, die Verwahrlosung dürfe so nicht weiter gehen.

Bürger J erklärt, er wäre eingeladen gewesen zum Ramadanfest der Moschee und habe dieses als sehr wohltuend empfunden. Auch die Atmosphäre am heutigen Abend empfinde er als sehr wohltuend. Sein Vorschlag zum Runden Tisch sei, Mediatoren mit einzuladen.

## **TOP 6. Vorstellung der Jahresbilanz des Fördervereins Bürgerstiftung Blumenthal**

**dazu: Peter Nowack, Vorsitzender des Fördervereins**

Anhand einer Power-Point-Präsentation (*ist der Protokollakte als Anlage beigefügt*) erläutert Herr Nowack verschiedene Projekt und Zielsetzungen der Bürgerstiftung.

Besonders heraus streicht er ein Projekt in Zusammenarbeit mit Werder Bremen, dem Deutschen Fußballbund, der Sparda-Bank und des Sozialressorts zur Entwicklung eines "Spielraums Bahrsplate".

Frau Krohne vermisst in der Projektaufstellung des "Segway-Projekts". Außerdem zeigt sie sich verwundert über eine Spende von GDF Suez zeitlich kurz vor der Kohlezüge-Debatte und fragt, ob es da einen Zusammenhang gebe.

Herr Nowack erklärt, dass nicht alle Projekte aufgeführt wurden. Die Zusammenarbeit mit GDF Suez laufe bereits seit Oktober 2010, bereits da haben sich erste Schritte angebahnt. Die letztliche Vertragsgestaltung habe 1 ½ Jahre gedauert und daher nichts mit den Kohletransporten zu tun.

Weitere Unternehmen wurden und werden ebenfalls angeschrieben.

## **TOP 7: Vorhabenbezogener Bebauungsplan 58 über eine Altenpflegeeinrichtung an der Landesgrenze / Rekumer Straße**

**dazu: Vertreter des BBN**

Herr Nowack zeigt den Vorhabenbezogenen Bebauungsplan 58 auf der Leinwand an und erläutert den geplanten Anbau. Die benötigte Fläche gehört bereits dem Pflegeheim.

Der Anbau bedeute für Bremen die Ansiedelung eines neuen Unternehmens, 80 neuer Arbeitsplätze und 85 neuer Einwohner/innen, sofern das beschleunigte Verfahren heute im Beirat durchgewunken werde. Voraussetzung sei die bereits zugesagte Umsiedelung des Unternehmens von bisher Schwanewede nach Blumenthal. Gleichzeitig erledige sich damit die Diskussion um neue Pflegeplätze im Stadtteil, da die Bestandspflege der vorhandenen Plätze dann ausreiche. Mit der Entwicklung der noch vorhandenen Kerngrundstücke im Stadtteil könne somit Wohnraum geschaffen werden.

Die vorliegende Deputationsvorlage soll am 22. August 2013 beschlossen werden. Die formale Zustimmung zur Deputationsvorlage erfolgt einstimmig.

## **TOP 8: Überblick über die Arbeit des Immobilienstandortmanagements**

**dazu: Vertreter der BauBeCon**

Anhand einer Power-Point-Präsentation (*ist der Protokollakte beigefügt*) zeigt Herr Greiner Eindrücke aus der Mühlenstraße auf. Im Folgenden geht er darauf ein, welche Herausforderungen und Perspektiven er für Blumenthal sieht und was bereits erarbeitet worden ist.

Hauptbestandteile des Auftrags der Immobilienmanager sind

1. die Grundlagen-Förderberatung
2. die Eigentümerberatung zur Fördermöglichkeiten bei Sanierung
3. eine Umnutzungsberatung für die Erdgeschossbereiche
4. der Aufbau eines Leerstandsmanagement
5. der Aufbau einer Eigentümer-Standort- bzw. Interessengemeinschaft
6. Erarbeitung von Entwicklungsmöglichkeiten für Schlüsselgrundstücke
7. Abstimmung mit dem Auftraggeber

Gemäß Zeitplan sei man zurzeit dabei, die Bildung von Interessengemeinschaften zu initiieren. Damit könnten z. B. bessere Konditionen bei Handwerkern ausgehandelt werden. Es erfolgten Einladungen zum Gespräch an die Haus- und Grundstückseigentümer, teilweise werden auch Hausbesuche gemacht. Wichtig sei vor allem die Entwicklung der Schlüsselgrundstücke "Nordenholz" und "Dettmers".

Herr Schwarz meint, diese Informationen ergäben nicht viel Neues, das meiste habe man in den letzten Jahren bereits selber erarbeitet und das jetzt angelaufene Projekt sei aus dem Beirat gekommen. Seiner Ansicht nach ist Punkt 4 des vorgestellten Zeitplans, die Gründung von Interessengemeinschaften, der Punkt, der den Stadtteil voranbringen könne und der seines Erachtens zum jetzigen Zeitpunkt bereits abgeschlossen sein sollte.

Im Bereich Leerstandsmanagement ergibt sich für Herrn Schwarz nichts Neues. Wenn es jetzt, nach einem Jahr, erst Treffen mit den Eigentümern gebe, sei bisher noch kein wesentlicher Schritt passiert.

Herr Greiner erwidert, dass man durchaus all diejenigen, die von sich aus gekommen sind, auch schon beraten habe. Man registriere jedoch ein vorsichtiges Verhalten der Eigentümer, vielfach werde erst geschaut, was die anderen machten. Einladungen zu einer größeren Runde wurden teilweise aber auch quittiert mit der Aussage "Andere interessieren mich nicht". Wichtig sei es, zuerst Vertrauen zu schaffen, auch, damit sich verfestigende Leerstände nicht zum Problem würden.

Frau Kröger-Schurr zeigt sich deprimiert ob des Vortrags. Ihrer Ansicht nach würde die Institution "Immobilienmanager" gar nicht gebraucht. Auch Herr Haake habe am 27.05.13 über Schwierigkeiten bei der Kontaktaufnahme zu den Eigentümern berichtet. Frau Kröger-Schurr meint, die bisherigen Ergebnisse seien zu dünn und man müsse offensiver an die Sache herangehen.

Frau Krohne erklärt, es wurde mehrfach darüber gesprochen, die Eigentümer zu kontaktieren. Sie wundert sich, dass Gespräche erst jetzt losgehen würden. Viele Eigentümer seien zu alt, einige hätten keine Einladung erhalten, andere hätten noch gar keinen Kontakt zu den Immobilienmanagern. Sie sieht keine Ergebnisse.

Herr Schwarz verweist auf die Schlüsselgrundstücke und dass bei deren Entwicklung die Wirtschaftsförderung Bremen eingebunden werden muss. Er fragt, ob es von der Seite schon Bekenntnisse gebe, dass etwas übernommen werden solle.

Herr Pfaff fragt konkret nach dem Grundstück "Nordenholz" und ob die Stadt an dieses jetzt "ran wolle". Es müsse einen Anfang geben, da ansonsten andere Eigentümer nicht nachziehen würden. Er fragt, ob es bereits Skizzen oder Ideen gebe und ob kurzfristig mit einer Antwort zu rechnen sei.

Herr Nowack wirft ein, dass, seit die Immobilienmanager existierten, der Preis für das Grundstück Nordenholz um rund 50.000 € gestiegen sei. Problem sei auch, dass, wenn ein Grundstück von der Stadt gekauft würde, andere Eigentümer erwarten würden, dass ihre Grundstücke ebenfalls gekauft würden. Wichtig sei es, Eigentümer dahingehend zu aktivieren, dass diese investierten. Es müsse eine Förderkulisse aufgebaut werden. Dies sei allerdings über die Stadt nicht steuerbar. Vorrangig müssten die Eigentümer mitmachen, auch wenn es z. B. um Zwischennutzungen gehe. Dass etwas getan werden müsse, wurde erkannt.

Herr Greiner macht deutlich, dass es keinesfalls erst jetzt mit der Bürgerberatung losgehe. Seit Januar habe das Büro der Immobilienmanager geöffnet. Viele Eigentümer seien bereits gekommen, viele aber auch nicht. Auch wenn ein Besuch der Immobilienmanager bei den Eigentümern eingefordert werde, werde dem nachgekommen.

Es wurden viele Gespräche geführt, auch mit Immobilien Bremen und der Wirtschaftsförderung. Frage sei auch, mit welcher öffentlichen Nutzung Grundstücke aufgekauft werden sollten. Herr Greiner stellt klar, dass im Hintergrund kräftig gearbeitet werde, auch wenn dies nicht immer sichtbar sei.

Herr Geis hat den Eindruck, die Einsetzung der Immobilienmanager sei erfolgt, um Fakten zu schaffen. Er fragt, ob es überhaupt noch Klientel gebe, welches Interesse hat, zu investieren. Er findet die Diskussion irrelevant, da klare Fakten z. B. bezüglich der Bausubstanz und des Klientels fehlten. Insgesamt bezeichnet er die Arbeit der Immobilienmanager vernünftig.

Bürger H erklärt, er wohne seit 1972 in der Mühlenstraße und habe als ersten falschen Schritt die Schaffung der Fußgängerzone erlebt. Deren Sinn wurde bereits damals von vielen

verneint. Dann kam die Idee, einen Marktplatz zu bauen, was mehr geschadet als genützt habe. Zusätzlich habe die Vulkan-Pleite dem Stadtteil zugesetzt. Dann wurde ein Einkaufszentrum gebaut und der Einzelhandel verlagert. Die Betriebe an sich wollten gar nicht weg aus der Mühlenstraße, sondern nur Zugang zu den Leuten. Den gebe es jetzt auf der anderen Straßenseite, dort tobe das Leben. Dazu komme der soziale Brennpunkt George-Albrecht-Straße. Es seien viele Fehler über viele Jahre gemacht worden. Die Frage stelle sich, was jetzt zu tun sei. Bürger H fordert die Öffnung des Marktplatzes. Er meint, es werde außerdem ein Konzern gebraucht, der Arbeitsplätze schaffe.

Frau Krohne erklärt, sie fände die Aussage, dass die Hauseigentümer Geld investieren müssten, arrogant. Viele Eigentümer seien zu alt und hätten seit Jahren keine Einnahmen. Sie fragt, warum es keine alternativen Ideen gebe. Die Läden der Mühlenstraße hätten doch einen morbiden Charme und könnten z. B. für Bücherdörfer oder türkische Brautkleider genutzt werden.

Herr Pfaff bittet die Immobilienmanager um kurzfristige Informationen in kürzeren Abständen an den Beirat. Er meint, evtl. könne auch "Blumenthal Aktiv" helfen und schlägt monatliche Treffen vor.

Herr Greiner begrüßt diesen Vorschlag.

Bürger K erklärt, die Aussage, die Eigentümer hätten kein Geld, wäre seiner Meinung nach nicht richtig. Er fragt, ob denn Eigentümer nicht dafür zur Verantwortung zu ziehen seien, wie z. B. ihre Mieter mit den Gebäuden umgingen.

Herr Greiner gibt Bürger K Recht. Es gebe Eigentümer, die erklärten, sie bekämen lieber 150,00 € Miete monatlich, als dass sie ihr Haus leer stehen lassen würden und wie dieses aussehe, sei ihnen egal. Solche Gründe seien natürlich Investitionshemmnisse. Die Zusammenarbeit mit den Eigentümern sei ein vertrauensbildendes Geschäft und müsse in verschiedenen Schritten erfolgen.

Herr Nowack begrüßt das Angebot, sich öfter zusammen zu setzen und meint, evtl. könne der Nichtständige Ausschuss für Zentrumsentwicklung in einen ständigen Ausschuss gewandelt werden. Die entwickelten Ideen seien gut, umgesetzt werden müssten sie aber von den Eigentümern.

Herr Pfaff ergänzt, da es im Büro des Standortmanagements 10 Plätze gebe, könnten auch dort Gesprächsrunden stattfinden.

## **TOP 9. Beschlüsse**

### **a. Entwurf einer Verordnung über Naturschutz- und Landschaftsschutzgebietsverordnungen im Ortsteil Lüssum-Bockhorn der Stadtgemeinde Bremen (Eispohl, Sandwehen und Heideweiher)**

Herr Nowack hat folgenden Beschlussvorschlag entwickelt:

*Der Beirat Blumenthal begrüßt grundsätzlich den Entwurf einer Verordnung über Naturschutz- und Landschaftsschutzgebietsverordnungen im Ortsteil Lüssum-Bockhorn der Stadtgemeinde Bremen (Eispohl, Sandwehen und Heideweiher), weil damit ein besonderes Stück Blumenthal geschützt und gefördert werden soll.*

*Allerdings bittet der Beirat Blumenthal vor dem abschließenden Erlass der Verordnung um genaue Prüfung und Erläuterung, wie die genauen Grenzen zum Tanklager Farge durch das Schutzgebiet verlaufen und inwieweit das Gelände des Tanklagers und die dort bekannte Schadstofffahne das beschriebene Schutzgebiet sonst tangiert (z-B- Auswirkungen auf Pohle und Weiher).*

*Dazu bittet der Beirat Blumenthal um eine genaue Erläuterung der künftigen Auswirkungen auf die Struktur des jetzigen Naherholungsgebiets (Sport- und Kleingartenflächen) und die Wegebeziehungen.*

Der Vorschlag wird vom Beirat einstimmig angenommen.

## **TOP 10. Anfragen und Anträge der Parteien**

- a. SPD – Antrag „Durchfahrverbot für Schwerlastverkehr“**
- b. Die Linke – Anfrage „Grünes Rohr Heidstraße“**
- c. SPD – Neue Sitzordnung im Beirat Blumenthal**
- d. Herr Klingenberg – Anfrage an die Bremer Bäder GmbH**

### a. SPD – Antrag „Durchfahrverbot für Schwerlastverkehr“

Herr Schwarz erklärt, die CDU-Fraktion trage diesen Antrag nicht mit, da in einen Bereich eingegriffen werde, der die Wirtschaft anderer betreffe.

Sein Vorschlag wäre, an SUBV einen Prüfauftrag zu vergeben, wie die Fa. Egerland anders fahren könne.

Frau Stitz erklärt, der Antrag solle so bestehen bleiben.

Frau Krohne stimmt dem Antrag nicht zu, da es sich um kein reines Wohngebiet handle, könnten die Straßen nicht für den LKW-Verkehr gesperrt werden.

Frau Stitz erklärt, der Anliegerverkehr sei mit dem Antrag nicht betroffen.

Herr Schwarz meint, auch Egerland sei Anlieger. Die Firma ließe per Schiff anliefern, der weitere Transport erfolge über die Straße. Er bittet, den Antrag zurück zu stellen und einen Prüfauftrag an SUBV zu geben. Wirtschaftsunternehmen sollten nicht geschädigt werden und die Strecke aus dem Straßennetz nicht herausgenommen werden.

Herr Nowack erläutert, dass die B74 von dem Antrag ausgenommen sei. Eine Einschränkung dafür solle und könne nicht gelten. Die Belastung der Fa. Egerland wegen zusätzlich benötigter Abstellplätze sei klar. Das bisher genutzte BWK-Gelände solle entwickelt werden und in Bremen-Nord habe die Firma nichts gefunden und sei deshalb nach Schwanewede ausgewichen. Die entscheidende Frage sei jedoch, wo die LKW lang fahren würden. Ein Durchfahrverbot bedeute nicht, dass irgendeine Firma in Blumenthal davon betroffen sei. Es gebe den Unterschied zum Anliegerverkehr, der nicht verhindert werden solle. Herr Nowack sieht die Gefahr der Bildung einer Rennstrecke.

Frau Kröger-Schurr lehnt den Antrag in der gestellten Form ab und bittet um Rückstellung bis nach einer KO-Sitzung mit Fa. Egerland.

Herr Schwarz fragt, um wie viele Fahrzeuge täglich es gehe. Der Antrag möge zurückgestellt werden, bis darüber Informationen vorlägen. Ein Beschluss würde vorschnell am Ziel vorbei gehen.

Frau Krohne wundert sich, dass die B74 aus der Strecke rausgenommen sei, diese gehe doch auch da durch. Sie schließt sich Herrn Schwarz und Frau Kröger-Schurr an.

Herr Schupp wundert sich über die Diskussion. LKW-Verkehr solle aus Wohnstraßen herausgehalten werden. Die Kreinsloger sei auch nicht mehr B74, sondern eine Zubringerstraße für Neuenkirchen.

Frau Stitz möchte den Antrag auf keinen Fall zurückstellen, weil die Transporte schon fahren.

Herr Meins erläutert, dass die Straßen nicht generell gesperrt werden könnten. Wenn eine Straße es hergebe, dass sie mit einer bestimmten Tonnenlast befahren werden könne, werde es laut Amt für Straßen und Verkehr keine Sperrung geben.

Der Antrag wird mit 6 Ja-Stimmen und 7 Nein-Stimmen abgelehnt.

### b. Die Linke – Anfrage „Grünes Rohr Heidstraße“

Ohne weitere Aussprache wird die Anfrage mit 7 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen angenommen.

### c. SPD – Neue Sitzordnung im Beirat Blumenthal

Frau Kröger-Schurr verweist auf Presseberichte vom 18.04.2012 und zitiert daraus folgende Aussage Herrn Nowacks [...weitere Anträge zur Sitzordnung werde er nicht mehr aufrufen...].

Das im Antrag erwähnte Argument, man könne das Publikum nicht sehen, lasse sie nicht zu.

Frau Stitz erklärt, als Beiratsmitglied habe man jederzeit das Recht, einen Antrag zu stellen. Sie störe es, keinen Blickkontakt zu den Bürgern zu haben.

Herr Schwarz meint, der CDU-Fraktion sei die Sitzordnung egal. Der Antrag sei aufgerufen und die neu beantragte Sitzordnung an sich besser. Frau Krohne sei extra vorher gefragt worden.

Er stellt den Antrag zur Geschäftsordnung, die Debatte zu beenden.

Frau Kröger-Schurr spricht dagegen.

Über den Antrag zur Geschäftsordnung wird wie folgt abgestimmt:

11 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen.

Über den Antrag zur Sitzordnung wird wie folgt abgestimmt:

11 Ja-Stimmen, 1 Enthaltung. Frau Kröger-Schurr hat an der Abstimmung nicht teilgenommen.

d. Herr Klingenberg – Anfrage an die Bremer Bäder GmbH

Ohne weitere Aussprache wird der Antrag mit 12 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung angenommen.

**TOP 11 : Verschiedenes**

Herr Nowack gibt folgende Termine bekannt:

13.08.2013 17:00 bis 19:00 Uhr: Sprechstunde des Petitionsausschusses im Ortsamt Blumenthal

24.08.2013 ab 15:30 Uhr: 7. „Tee im Park“ in Wätjen's Park

26.08.2013 18.30 Uhr: öffentliche Sitzung des Ausschusses für Bau, Umwelt, Verkehr und Stadtentwicklung im SZ Eggestedter Str. zum Flächennutzungsplan

30.08.2013 14.30 Uhr: Einweihung des neuen Bolzplatzes am Lüssumer Ring

30.08.2013 bis 04.09.2013: Vegesacker Herbstmarkt

08.09.2013 15.00 Uhr: Wohltätigkeitskonzert des Rekumer Schifferchors in der Schützenhalle Farge

09.09.2013 19:00 Uhr: öffentliche Beiratssitzung im SZ Eggestedter Str. u.a. mit dem Thema: Recyclingstationen

Herr Nowack schließt die Sitzung um 22.03 Uhr.

\_\_\_\_\_  
Ortsamtsleiter

\_\_\_\_\_  
Beirat (Herr Geis)

\_\_\_\_\_  
Protokoll